

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum: 27.04.2021

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 475 bis 477 einfügen:

Zugleich ermöglicht ein verbindlicher Rahmen gleiche Wettbewerbsbedingungen am Markt und schafft Rechtssicherheit. Der vorliegende Entwurf der Großen Koalition für ein Lieferkettengesetz ist zu schwach und schließt eine zu kleine Zahl an Unternehmen ein. Falls es in dieser Form verabschiedet wird, muss es umgehend nachgebessert werden. Auf EU-Ebene werden wir uns zudem für ein starkes europäisches Lieferkettengesetz und einen Importstopp für Agrarprodukte einsetzen, die im Zusammenhang mit illegaler Entwaldung und

Von Zeile 482 bis 483 einfügen:

Reduktion von Palmöl und Soja in Deutschland voranbringen. Zur Kompensation gerodeter Wälder fördern wir hier und weltweit Wiederbewaldung und Renaturierung ohne Monokulturen. Auch die EU-Konfliktrohstoffverordnung wollen wir stärken.

Begründung

In der Debatte um die Verabschiedung eines Lieferketten-/Sorgfaltspflichtengesetzes werden vor allem vier Kritikpunkte genannt. Einer dieser Punkte fehlte jedoch bislang in der Argumentation: die Unternehmensgröße. Es ist zu erwarten, dass noch vor der Wahl ein schwaches Lieferkettengesetz verabschiedet wird, das zwar ein guter erster Schritt ist, aber nicht ausreicht. Wir sollten dezidiert fordern, dass wir das Gesetz nach der Bundestagswahl umgehend nachbessern wollen. In besonderen Themenfeldern wie Entwaldung oder Konfliktrohstoffen sollten Lieferkettengesetze auch weiterhin durch spezifische Regelungen ergänzt werden. Hier fehlte der Aspekt der Konfliktrohstoffe.